



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/96 - 27. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Zähflüssig</u> Oberländer - warum nicht gleich?	33
2 - 3	<u>Der Sieg des "Skybolt" und seine politische Bedeutung</u> Auswirkungen der amerikanisch-englischen Waffenproduktion Von unserem Korrespondenten in den USA	73
4	<u>Der Rücktritt von Symon Khee</u> Eine Epoche geht zu Ende	39
5	<u>Blick auf eine deutsche Universität</u> 11 500 Studenten in Hamburg	38
6	<u>Die Bundestagssitzung in Berlin</u> Pankow zetert: "Neue Provokation aus Bonn"	44

27. April 1960

Zähflüssig

Oberländer - warum nicht gleich?

sp - Wenn Bundesvertriebenenminister Oberländer jetzt tatsächlich gehen sollte, wird man überall aufatmen; man wird sich allenthalben dazu beglückwünschen, eine unappetitliche Sache los geworden zu sein. Aber ganz abgesehen davon, in welcher Form und wann nun endlich der fünf Minuten vor Beginn des CDU-Parteitages in Karlsruhe angekündigte Rücktritt erfolgt, bleibt doch das Ansehen der Bundesrepublik auf der Strecke. Wir reden nicht von den Veranstaltern kommunistischer Schauprozesse, deren Interessen auf einem ganz anderen Gebiet liegen als auf dem der Sauberhaltung eines demokratischen Staates. Was uns interessiert, ist die Glaubhaftigkeit der Demokratie und das Ansehen der Bundesrepublik bei unseren westlichen Verbündeten.

Der zähflüssige Ablauf der "Affaire Oberländer" hat bei unseren besten Freunden im Ausland die Frage aufkommen lassen, was den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden der CDU wohl daran gehindert haben mag, seinen Vertriebenenminister nicht schon eher in die Wüste zu schicken. Schließlich war es doch Adenauer selbst, der auf dem Höhepunkt der Oberländer-Krise dem Minister das Prädikat "tiefbraun" gab.

Hat Adenauer geglaubt, daß er den Karlsruher Parteitag ohne die vorherige Regelung des Falles Oberländer ohne Krach überstehen kann? Sind ihm, dem Bundeskanzler, in den letzten Tagen, da er ein so sichtbar schwankendes Verhalten an den Tag legte, bestimmte Andeutungen gemacht worden, die darauf schließen lassen, daß Oberländer und seine näheren Freunde um sich schlagen würden, wenn man die Entlassungsprozedur nicht nach den Wünschen des Vertriebenenministers einleitet? Hat Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier in dem Gespräch mit Oberländer etwas zu hören bekommen, was ihn zutiefst beunruhigte?

Es ist doch sehr eigenartig, daß man mit einem Oberländer, den der Kanzler "tiefbraun" nannte, so viel Federlesens macht. Der ganze Vorgang bleibt - selbst wenn Oberländer morgen offiziell zurücktreten würde - höchst unklar. Dieser Mann und seine politische Vergangenheit sind an sich schon eine Belastung für die junge deutsche Demokratie. Sie bleibt es auch dann, wenn die CDU geschlossen wie ein Mann jetzt sagen würde: Herr Oberländer, verschwinden Sie!

## Der Sieg des "Skybolt" und seine politische Bedeutung

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Ende April

Kürzlich gaben die britische und amerikanische Regierung gemeinsam bekannt, daß Fortan die englische Landesverteidigung amerikanische "Skybolts" für eigene militärische Zwecke kaufen werde, sobald diese von der bekannten Flugzeugfirma Douglas in Kalifornien hergestellt (bzw. herzustellenden) Lenkraketen gebrauchsfertig vorliegen. Dafür wird London die bisher geplanten "Blue Streaks" eigener britischer Produktion fallen lassen, da ihre serienmäßige Erzeugung für englische Zwecke viel zu teuer sei. Die englische Entscheidung, auf Raketenwaffen eigener Erzeugung in Zukunft zu verzichten und sich auf die Produktion in den Vereinigten Staaten zu verlassen, ist vermutlich militärisch überaus folgeschwer, aber was man vor allem unterstreichen und hervorheben muss, ist nicht die militärische, sondern die politische Seite des ganzen Falles. Und die politische Bedeutung der Angelegenheit ist schlechthin umwälzend.

Es ist dies vermutlich der erste Fall in der Weltgeschichte, daß eine Großmacht darauf verzichtet, bewußt und planmäßig, sich ihre eigenen Waffen für ihre Landesverteidigung zu schmieden, und formell beschließt, sich künftig auf das Waffenarsenal einer anderen Grossmacht zu verlassen. Natürlich waren die USA in beiden Weltkriegen bereits so etwas wie das Arsenal Englands; aber das war eine Notsituation im Kriege und war und blieb ja eine durchaus vorübergehende Notmaßnahme. Jetzt handelt es sich hier offensichtlich aber um etwas ganz anderes, nämlich eine Dauerlösung. England ist bekanntlich instande, seine eigenen Atomwaffen zu produzieren, und zwar sowohl die "unmodernen" alten Atombomben à la Hiroshima als auch die neueren, leistungsfähigeren und moderneren Wasserstoffbomben, über deren "Leistungsfähigkeit" wir uns nur mit Schätzen eine ungefähre Vorstellung machen können. Diese Waffen wird England auch weiterhin in Eigenproduktion herstellen.

Aber während die Atombombe von Hiroshima noch von einem gewöhnlichen Bombenflugzeug abgeworfen wurde, steht heute das Transportmittel, das "Vehikel" oder der "Träger" der Atomgeschosse als neuartigste "Verbesserung" der Kriegstechnik in Vordergrund des Interesses. Der Geschossträger wird in Zukunft die Rakete sein, unbemannt und ferngesteuert, mit einem atomaren "Kriegskopf" unter ihren "Nasenkegel" verborgen; und die endlosen Rüstungsdebatten in den allermeisten Ländern gehen heute um diese Raketenvehikel, ihre Zuverlässigkeit, Weitrangigkeit

ihre Kosten, ihre diversen technischen Probleme und die strategische Verletzbarkeit ihrer Abschussrampen. Die vielen amerikanischen Experimente vom Kap Canaveral, die Enquêtes der amerikanischen Kongressausschüsse und das hektische Wettrennen zwischen den verschiedenen Raketentypen "Atlas", "Thor", "Polaris", "Minuteman" und wie sie alle heißen - alles das dreht sich immer nur um die Transportmittel, die zu transportierenden Atomgeschosse sind reichlich vorhanden, und man würdigt sie keines Blickes mehr. Die Raketentransportmittel können natürlich auch minder kriegerische Lasten befördern, z.B. einen mit Messgeräten gefüllten Erdsatelliten in den Weltraum schleudern; das russisch-amerikanische Wettrennen um den Weltraum hat also seine militärische Transportmittel-Bedeutung, ebenso wie die militärische Raketen-debatte für friedliche Wissenschaft und Forschung lebenswichtig ist.

Die Engländer hatten nun mit ihrem "Blue Streak" ihre eigenen Raketen-träger entwickelt, und es hieß, sie seien den amerikanischen Typen überlegen. Aber was auf dem Reißbrett gut aussieht, muss doch noch nicht Realität werden. Die serienmäßige Herstellung des "Blue Streak" wäre für Englands Finanzen eine zu hohe Belastung geworden, die Fabriken wie die Abschussrampen wären ein militärisches Ziel für feindliche Angriffe. Der "Skybolt" bietet den Vorteil, keine feste Abschussrampe am Boden mehr zu benötigen, die eine ideale Zielscheibe für einen Gegner wäre. Der "Skybolt" wird von einem gewöhnlichen Flugzeug aus in der Luft abgefeuert, ähnlich wie der "Polaris", Amerikas zweiter Raketen-Trumpf, vom Unterseeboot mitten auf hoher See.

Die politischen Konsequenzen dieses ganzen Vorganges sind ausserordentlich interessant. Wird sich England noch einen politischen "Alleingang" leisten können, nun, da es von einer amerikanischen Waffenfabrik abhängig ist, - oder wird umgekehrt England seinen amerikanischen Raketenlieferanten politisch ins Schlepptau nehmen? Bisher hat es immer einmal Risse in der englisch-amerikanischen Einheitsfront gegeben, z.B. in der Suezkanal-Krise; jetzt wird man vermuten müssen, daß beide Regierungen ihre Aktionen noch viel sorgsamer gegenseitig abstimmen werden, weil sie sich keine solchen Risse mehr erlauben können. Es ist also im Grunde jetzt soeben der Grundstein zu einer angelsächsischen Super-Großmacht gelegt worden. Das mag gut oder schlecht sein, je nach dem Auge des Beschauers, aber es ist auf jeden Fall ein brandneuer Faktor, mit dem man fortan in der internationalen Politik zu rechnen haben wird.

### Der Rücktritt von Syngman Rhee

E.D.- Der 85-jährige Staatspräsident Südkoreas, Syngman Rhee, hat seinen Rücktritt erklärt. Damit findet eine, von blutigen Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und Polizei erfüllte Entwicklung ihr vorläufiges Ende. Mehrfach hat das Land südlich des 38. Breitengrades in den letzten Wochen vor einem Bürgerkrieg gestanden, der einer erschrockenen und empörten Weltöffentlichkeit bewiesen hätte, daß das Opfer der hunderttausend UN-Soldaten vielleicht vergebens gewesen wäre.

Jedoch die Säule der aus strategischen und sonstigen diplomatischen Gründen vom Westen gestützten "starken Männer" wachsen nicht mehr in den Himmel. Die Vereinigten Staaten, die noch vor wenigen Jahren geglaubt hatten, der so sichtbar von gewissen autoritären und diktatorischen Staatshäuptern dargebotene Antikommunismus sei die beste Waffe gegen die Aktion der Kommunisten in Asien, Afrika, Lateinamerika oder anderwo, wissen heute, daß dies nicht der Fall ist. Ganz im Gegenteil, bislang hat noch jeder dieser sogenannten "Verteidiger der höchsten Werte" sich am Ende als der eigentliche Helfershelfer, unfreiwillig zumeist, des Kommunismus erwiesen. So auch in Südkorea.

Der Aufstand der Studenten, dem sich die Mehrheit der Bevölkerung trotz schärfster Repressalien anschloß, der Widerstand der Opposition im Parlament und nicht zuletzt die offene und unverfüllte Intervention der Vereinigten Staaten haben das politische Ende eines Mannes und einer Epoche in Korea herbeigeführt. Der amerikanische Botschafter, sein Vorgesetzter in Washington und der Präsident Eisenhower setzten sich unmissverständlich für eine radikale Änderung des Regimes in der südlichen Landeshälfte ein.

Der Wind weht heute nicht mehr zum Vorteil der Ganz-, Halb- und Vierteldiktatoren, die sich in den letzten fünfzehn Jahren im Glanze amerikanischer Gunst sonnen konnten, wenn sie nur sich als "stramme Antibolschewiken" ausweisen konnten. Eine freie Welt gegen den Ansturm der Diktatur zu verteidigen, das ist nur durch freie Völker möglich. Washington hat diese Erkenntnis lernen müssen.

Niemand weiss, wer Syngman Rhee folgen wird. Eines aber scheint sicher zu sein, das Regime in Südkorea wird Änderungen aufweisen, wird sich demokratisieren. Ein jedermann weiss, nicht nur im Fernen Osten, wie wenig Anziehungskraft Syngman Rhee auf die unterjochte Bevölkerung Nordkoreas ausgeübt hat, dass an sich nur die Anwesenheit amerikanischer Truppen ein Mindestmass an zivilen Freiheiten in Südkorea gewährleistete. Hoffen wir mit dem leiderfüllten koreanischen Volk, dass nun, wenigstens in einer Hälfte des geteilten Landes, die Freiheit beginnt.

## Blick auf eine deutsche Universität

sp - Im Wintersemester 1959/60 hat die Zahl der an der Universität Hamburg immatrikulierten deutschen Studenten weiterhin zugenommen und 10 674 erreicht (Wintersemester des Vorjahres: 10 317). Dazu kommen noch 792 ausländische Studenten, so daß sich eine Gesamtzahl von 11 466 Immatrikulierten ergibt. Ferner wurden an der Hamburger Universität 513 Gasthörer und 829 Beurlaubte gezählt. Der seit zwei Jahren forcierte Auf- und Ausbau des Universitätsviertels (im Hamburger Stadtteil Rothenbaum unweit des Dammtorbahnhofes), der von der Hansestadt in großzügiger Weise durchgeführt wird, kam gerade zur rechten Zeit!

### Philosophische Fakultät an der Spitze

In den letzten Jahren und auch in diesem Wintersemester übt die Philosophische Fakultät die größte Anziehungskraft aus, sie wird von 3790 Studenten besucht. An zweiter Stelle stehen die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 2497 Hörern, gefolgt von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit 1671, der Rechtswissenschaftlichen mit 1570 und der Medizinischen mit 1572 Studenten; an der Evangelischen-Theologischen Fakultät hatten sich 266 Studenten immatrikuliert.

### 792 Ausländer

Das Interesse der 792 ausländischen Studenten ist anders geartet. Die grösste Zahl, nämlich 336, studiert Medizin, 149 studieren Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 143 Mathematik und Naturwissenschaftler, 114 Philosophie, 37 Rechte und 13 Theologen. Es handelt sich bei der überwiegenden Mehrzahl der Ausländer demnach um praktische Fächer, was seine Erklärung wohl darin findet, daß 340 der ausländischen Studenten aus Asien und Afrika stammen.

Die meisten europäischen Auslandstudenten, nämlich 111, kamen im letzten Wintersemester aus Griechenland. Von den übrigen europäischen Ländern sind dann noch stärker Norwegen mit 52, Ungarn mit 47 und die Türkei mit 43 vertreten. Das übrige Europa: Dänemark 5, England 12, Finnland 11, Frankreich 18, Irland 9, Italien 7, Jugoslawien 6, ehem. Baltische Staaten 6, Niederlande 5, Österreich 12, Polen 4, Portugal 6, Spanien 15, Schweden 11, Schweiz 9 und Tschechoslowakei 1. Von Übersee kamen die meisten - 244 - aus Asien (so studieren in Hamburg sehr viele Studenten aus Persien), gefolgt von Afrika mit 96, Amerika mit 86 und Australien mit einem Studenten. Als staatenlos hatten sich 19 gemeldet.

### Die Bundestagsitzung in Berlin

U.D. - Wie zu erwarten war, hat die Empfehlung des Ältestenrates, die Herbstsession des Bundestages wie üblich in Berlin zu beginnen, im Osten ein gehässiges Echo gefunden. Die Zonen-Agentur ADK kommentiert den Beschluß als "neue Provokation aus Bonn", die "gerade jetzt" vor der Gipfelkonferenz im Zuge der "Störpolitik gegen die Normalisierung" gestartet werde. Der Bundestag habe "außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik" nichts zu suchen, denn West-Berlin liege "auf dem Gebiet der DDR".

Es würde sich nicht lohnen, das Pankower Gezeter zu registrieren, wenn nicht der Schlenker, West-Berlin liege "auf dem Gebiet der DDR" die unveränderten Absichten der Kommunisten demonstrieren würde. Das macht die Empfehlung des Ältestenrates zu einer eindeutigen Bekundung, daß sich der Westen Deutschlands nicht von seiner Verbindung mit Berlin abschneiden läßt.

Die Machthaber in Ost-Berlin haben nicht das geringste Recht, sich über Sitzungen des Bundestages in Berlin zu entrüsten. Bekanntlich genießt der Sowjetsektor Berlins sogar nach den Gesetzen der Zone einen Sonderstatus. In ihm wird nicht zur Volkskammer mitgewählt, und seine 66 Volkskammer-Abgeordneten werden im Amtlichen Handbuch der Volkskammer im Gegensatz zu den 400 "Mitgliedern aus der DDR" als "Berliner Vertreter mit beratender Stimme" ausgewiesen. Dennoch tritt die Volkskammer zu ihren spärlichen Sitzungen niemals an einem anderen Ort als in Berlin zusammen.

Die Empfehlung, wie üblich eine Sitzungswoche des Bundestages im Jahr in Berlin abzuhalten, stört weder die Gipfelkonferenz noch kann sich irgendjemand dadurch bedroht fühlen. Eine Parlamentssitzung ist kein aggressiver Akt, etwa von der Art der militärischen Kai-paraden der SED im Berliner Lustgarten. Die Bundestagsitzungen in Berlin sind seit 1955 eine feste Tradition, lediglich in den Jahren 1954 und 1959 wurden sie durch die fälligen Sitzungen der Bundesversammlung ersetzt. Dazwischen hat es einige hundert Ausschuß- und Fraktionssitzungen in Berlin gegeben.

Bezeichnenderweise kam das erste vernichtbare unfreundliche Echo des Ostens ziemlich spät, nämlich nach Chruschtschows Berlin-Vorstoß, zur Sitzung der Bundesversammlung 1959. Kritik war bis dahin - welche Ironie - immer nur von der Bonner Mehrheitspartei und besonders ihrer Regierung ausgesprochen worden. Dem Bundestagspräsidenten Ehlers und Gerstenmaier gereichte es zur Ehre, das Bonner Zögern stets mit einer klaren Entscheidung beendet zu haben.

Es wäre ein unverständliches Zurückweichen gegenüber den kommunistischen Absichten, von dieser Übung im sechsten Jahr abzulassen. Die Übereinstimmung der Mitglieder des Ältestenrats bekräftigt den Willen des Bundestages, auf friedliche Weise seine Verbundenheit mit allen Deutschen auszudrücken.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschoffel